

# Danziger Zeitung.

No 10196.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag, Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rethelbargasse No. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 A.; durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Petitzeile ober deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

## Königlich Preussische Lotterie.

Bei der am 13. d. M. angefangenen Ziehung der dritten Klasse der 155. Preussischen Klassenlotterie fielen 1 Gewinn zu 6000 A. auf Nr. 5123. 5 Gewinne zu 900 A. auf Nr. 3220 14 103 15 294 52 007. 53 770 11 Gewinne zu 300 A. auf Nr. 21 127 29 033 44 482 55 045 66 591 71 342 77 830 84 230 89 883 91 229 91 737.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 13. Febr. Das Unterhaus hat auf den Antrag des Generalanwalts die Patentbill, durch welche die Gültigkeitsdauer der Patente von 12 Jahren auf 21 Jahre verlängert wird, in erster Lesung angenommen.

Konstantinopel, 12. Februar. Der ehemalige Finanzminister Ghaleb Pascha ist zum Gouverneur des neuen Vilajets von Konstantinopel ernannt worden.

Washington, 12. Februar. Das Repräsentantenhaus hat dem Beschlusse der Fünfzehner-Commission, daß die Wahlstimmen von Florida als für Hayes abgegeben zu betrachten seien, nicht zugestimmt, der Beschluß der Fünfzehner-Commission bleibt desungeachtet in Kraft, weil derselbe nur durch einen übereinstimmenden Beschluß beider Häuser des Congresses umgestoßen werden könnte. Nach der Sitzung des Repräsentantenhauses traten beide Häuser zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Zählung der Wahlstimmen nach der alphabetischen Reihenfolge fortzusetzen. Bezüglich der von den Republikanern und von den Demokraten wegen der Wahlstimmen von Louisiana erhobenen Einsprüche erfolgte Verweisung an die Fünfzehner-Commission.

## Der Gesetzentwurf, betreffend die Theilung der Provinz Preußen.

welcher gestern beim Abgeordnetenhaus eingebracht ist, lautet:

§ 1. Aus der Provinz Preußen werden die beiden Provinzen: Ostpreußen, bestehend aus den Kreisen der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen, und Westpreußen, bestehend aus den Kreisen der Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder, gebildet.

§ 2. Die Einrichtung der erforderlichen neuen Behörden für die Staatsverwaltung in den neu gebildeten Provinzen (§ 1) erfolgt nach näherer Vorschrift der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen und der Festsetzungen im Staatshaushaltsetat.

§ 3. Jede der neuen Provinzen Ostpreußen und Westpreußen bildet einen mit den Rechten einer Corporation ausgestatteten Communalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten nach Maßgabe der Vorschriften der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 und der dieselbe ergänzenden Gesetze. Die Zahl der Mitglieder der Vertretungen (Provinziallandtage) der neugebildeten Provinzen bestimmt sich nach den im § 10 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 für die Provinz Preußen gegebenen Vorschriften. Es bleiben jedoch die gegenwärtigen Mitglieder des Provinziallandtages der Provinz Preußen bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode (§ 19 der Provinzialordnung) derge- stalt in Wirkksamkeit, daß die Abgeordneten der zu den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen gehörigen Kreise die Vertretung der Provinz Ostpreußen bilden, die Abgeordneten der zu den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder gehörigen Kreise die Vertretung der Provinz Westpreußen bilden.

§ 4. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1878 in Kraft. Mit diesem Zeitpunkte wird der bisherige Provinzialverband von Preußen aufgelöst, und gehen die Rechte und Pflichten derselben auf die neuen Provinzialverbände von Ostpreußen und von Westpreußen über. Die näheren Bestimmungen hierüber werden durch ein von dem Staatsministerium zu beschließendes Uebereinkommen zwischen den ostpreussischen und den westpreussischen Mitgliedern des gegenwärtigen Provinzial-Landtages der Provinz Preußen, welche zu diesem Behufe in geforderten Versammlungen zusammenzutreten haben, getroffen. Wenn ein solches Uebereinkommen bis zum 1. Januar 1878 nicht zu Stande kommen sollte, erfolgt die betreffende Regelung, unbeschadet aller Privatrechte Dritter, durch königliche Verordnung. Streitigkeiten, welche bei Ausführung des Uebereinkommens oder der Verordnung entstehen, unterliegen der Entscheidung des Ober-Verwaltungs-Gerichts.

§ 5. Bis zur Einrichtung der entsprechenden Organe für die Staatsverwaltung und für die communale Verwaltung der neuen Provinzen Ost- und Westpreußen bleiben die bisherigen staatlichen und kommunalen Verwaltungsorgane der Provinz Preußen in Wirkksamkeit.

Als die für die Trennung sprechenden Gründe werden in den Motiven im Wesentlichen folgende angegeben:

1. Der zu große räumliche Umfang der Provinz Preußen von 1178,03 Quadratmeilen in Verbindung mit der eigenthümlichen geographischen Gestaltung des langgestreckten Küstenlandes, welches, von der südwestlichen bis zur nordöstlichen Grenze gerechnet, eine Längenausdehnung von etwa 487 Kilometern (65 Meilen) aufweist.

2. Der hiermit im Zusammenhange stehende Mangel eines einheitlichen Concentrationspunktes. Dieser Umstand hat neben der verschiedenartigen historischen Entwicklung beider Landestheile die Bildung zweier gesonderter Verkehrsgebiete zur Folge gehabt: des Ostpreussischen, dessen Adern,

ohne Westpreußen zu berühren, fast ohne Ausnahme in Königsberg convergiren, und des Westpreussischen, welches mit dem Stromgebiete der Weichsel zusammenfällt und, von einigen auf der Grenze mit Ostpreußen belegenen Districten abgesehen, seinen natürlichen Vereinigungspunkt in Danzig besitzt. Die Abgeschlossenheit dieser Verkehrsgebiete macht sich außerlich dadurch bemerkbar, daß auf der etwa 150 Kilometer langen Grenzscheide derselben neben zwei Eisenbahnlinien nur drei Chaussees die beiderseitige Communication vermitteln.

3. Die durch die vorbezeichneten Gesamtverhältnisse bedingte getrennte Entwicklung der Verwaltungsinstitutionen beider Landestheile, welche den oben geschilderten Gang genommen und den Versuch, das äußerliche Band provinzieller Vereinigung auch auf communalem Gebiete fester zu knüpfen, als resultatlos erwiesen hat.

4. Der Umstand, daß sich innerhalb des gegenwärtigen Provinzialverbandes zwei in sich abgeschlossene Landestheile gegenüber stehen, die beide eine hinreichend große räumliche Ausdehnung und Einwohnerzahl: Ostpreußen: 706,84 Quadratmeilen mit 1,811,770 Einwohnern, Westpreußen: 470,98 Quadratmeilen mit 1,303,699 Einwohnern, besitzen, um den an einen selbstständigen Provinzialverband zu stellenden Anforderungen zu genügen.

5. Was die Interessen der staatlichen Administration anlangt, so entspricht denselben die in Aussicht genommene Theilung insofern, als der Lösung der erweiterten Aufgaben, welche die neue Verwaltungsorganisation dem Wirkungskreise des Oberpräsidenten überweist und bei weiterer Entwicklung dieser Organisation voraussichtlich noch zuzuteilen wird, sich bei der großen Ausdehnung der Provinz unverkennbare Schwierigkeiten entgegenstellen. Bei der Vereinigung der Provinzen Ost- und Westpreußen unter einem Oberpräsidenten im Jahre 1824 zählte erstere nur etwa 800,000, Westpreußen nur etwa 680,000 Einwohner. Jetzt weisen diese Landestheile die zu 4. erwähnten Zahlen, die Provinz Preußen also eine Gesamtzahl von 3,115,469 Seelen auf. Diese Zahl wird zwar von den Provinzen Schlesien mit 3,707,167 Einwohnern und Rheinland mit 3,579,347 Einwohnern übertroffen; indeß besitzt keine der Provinzen des Staates eine solche räumliche Ausdehnung wie Preußen, und selbst die durch die Theilung zu bildenden Sonderverbände: Ostpreußen mit 707 Quadratmeilen, Westpreußen mit 470 Quadratmeilen, übersteigen die durchschnittliche Größe der Provinzen: Pommern mit 549 Quadratmeilen, Posen mit 536 Quadratmeilen, 1,017,194 Einwohnern, Sachsen mit 460 Quadratmeilen, 2,103,174 Einwohnern, Westfalen mit 367 Quadratmeilen, 1,775,175 Einwohnern, Rheinprovinz mit 490 Quadratmeilen, 3,579,347 Einwohnern, Hannover mit 698 Quadratmeilen, 1,962,928 Einwohnern, Schleswig-Holstein mit 339 Quadratmeilen, 995,873 Einwohnern, Hessen-Nassau mit 283 Quadratmeilen, 1,400,370 Einwohnern, so daß nur Schlesien mit 736 und Brandenburg mit 731 Quadratmeilen eine Ausnahme bilden.

Die Frage, ob sich dem Theilungsprojecte hinsichtlich der finanziellen Auseinandersetzung zwischen den neu zu bildenden Provinzialverbänden unüberwindliche Schwierigkeiten in dem Umstande entgegenstellen, daß inzwischen die durch die Provinzialordnung vom 29. Juli 1875 geschaffene neue Organisation der Verwaltung in der Provinz Preußen zur Durchführung gelangt ist, muß verneint werden. Unumgänglich notwendig erscheint aber die thunlichst baldige Durchführung der beregten Maßregel, weil mit der vorschreitenden Entwicklung der Finanzwirtschaft des bisherigen Provinzialverbandes die Zahl der Einkünfte einer Auseinandersetzung sich nur vergrößern würde. Für die Errichtung der staatlichen Provinzialbehörden in der Provinz Westpreußen, und zwar eines Oberpräsidiums, Provinzialschulcollegiums, Medicinalcollegiums und einer Rentenbankdirection mit dem Sitze in Danzig sollen die bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen maßgebend bleiben. Die Schwierigkeiten der vorzunehmenden Auseinandersetzung werden voraussichtlich durch den Umstand erheblich erleichtert werden, daß die neuen Provinzialverbände bereits besondere Landarmenverbände bilden und die kommunalen Institute für beide Landestheile gefordert sind.

## Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 13. Februar 1877.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betreffend die Theilung der Provinz Preußen.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushaltsetats und zwar zunächst des Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen.

Zu Kap. 12 Tit. 4 der Einnahmen („Für die Prüfung der Feldmesser 1605 A.“) befragt sich Abg. Sombart über die mangelhaften Prüfungsvorschriften der Feldmesser und die geringen Anforderungen, die gegenwärtig an diese so wichtige Kategorie von Beamten bei ihrer Aufnahme gestellt würden. Dadurch werde der ganze Stand zum größten Schaden der Landeskultur in ähnlicher Weise herabgedrückt, wie dies bei den Thierärzten bisher der Fall war. — Minister Achenbach: Seit mehreren Jahren sind seitens der Feldmesser an die verschiedenen Ressort-Minister Wünsche gelangt, worin die Forderung aufgestellt wird, daß Niemand mehr zum Feldmesserberuf zugelassen werden sollte, wenn er nicht das Abgangszeugniß eines

Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung bringe. In den Ministerien war man aber der Meinung, daß die Forderungen zu weit gingen, und daß man bei denselben das Bedürfnis nach Feldmessern nicht befriedigen könne. Wer so hohe Forderungen erfüllt, wird kaum geneigt sein, sich dem Feldmesserberuf zu widmen. Die Verhandlungen über diese Frage sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Frage, ob Unterrichtsgegenstände, die diesen Beruf betreffen, in den Lehrplan des Polytechnicums aufgenommen werden können, wird seiner Zeit erwogen werden, und da dem Hause, sobald das Polytechnicum definitiv errichtet werden kann, auch der Lehrplan zugehen wird, so wird Veranlassung sein, auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Zu Kap. 65, Tit. 1 der Ausgaben (Gehalt des Ministers) liegt ein Antrag des Abg. Dunder vor: „Die Staatsregierung aufzufordern, Angesichts des wirtschaftlichen Nothstandes des Landes mit der Ausführung derjenigen öffentlichen Bauten und Arbeiten, zu denen seitens der Landesvertretung die Mittel bewilligt sind, sofort energisch vorzugehen.“

Abg. Dohrn: In der Gruppe für den Etat des Bauwesens haben die alten Klagen darüber noch entscheidender wie früher Ausdruck gefunden, daß die großen Bauten, zu denen in den letzten Jahren die Mittel bewilligt worden sind, in der Ausführung um keinen Schritt vorrücken, daß es der Bauverwaltung an der notwendigen Energie in der Fortführung dieser Arbeiten fehle, so daß die bewilligten Gelder nutzlos und unverwandt zum größten Schaden des Landes daliegen. Die alte bürokratische Schablone kommt im ganzen Verwaltungsgebiet des preussischen Staates nirgends so zur Geltung, wie in der Bauabtheilung des Handelsministeriums. Ist doch seit zwei Jahren das Ministerium nicht einmal im Stande gewesen, uns, der Forderung des Hauses entsprechend, eine statistische Uebersicht über den Stand der Wasserbauten in Preußen zu geben. So vereint sich alles, um den Wunsch nach einer umfassenden und baldigen Reform der Bauabtheilung des Handelsministeriums als einen dringend gerechtfertigten erscheinen zu lassen.

Abg. Dunder: Ich muß den Minister nicht so wohl als Techniker wie als Staatsmann anfragen, daß er als Minister der öffentlichen Arbeiten nicht zur rechten Zeit die nötige Energie entwickelt zur Förderung der Aufgaben, die seinem Ressort unterstellt sind. Wer über so bedeutende Summen zur Ausbarmachung der wirtschaftlichen Kräfte verfügt, wie sie dem Handelsministerium durch die Landesvertretung bewilligt sind, der trägt in der That eine Verantwortung, deren Bedeutung insbesondere in der Zeit einer derartigen wirtschaftlichen Krise, wie wir sie jetzt zu bestehen haben, hervortritt. Wir sind in diese schlimme wirtschaftliche Lage gekommen, durch eine Zeit des Ueberflusses, in Folge der unerwartet aufstrebenden Baar-mittel der französischen Kriegskontribution. Damals wurde es die Aufgabe des Handelsministers gewesen sein, für eine lange Reihe von Jahren sich für den Etat des Bauwesens diejenigen Mittel zu sichern und festzulegen, für welche die Möglichkeit der früher verwendeten Mittel nicht ausreichte. Dadurch würde er der Krise, die jetzt über uns hereingebrochen, ein gut Theil ihrer Schärfe genommen haben. Nun ist aber der Handelsminister auch nicht einmal im Stande gewesen, diejenigen für die Landeskultur hochwichtigen Bauten zu fördern, für welche ihm die Mittel von der Landesvertretung bewilligt worden sind. Was ist aus den Kanalbauten geworden, für welche schon in zwei Etats die Raten ausgeworfen sind? Der Majurische Canal, der Brabe- und Nebe-Canal, sowie der Ems-Jahdecanal sind bisher um keinen Schritt vorwärts gekommen. Von allen Seiten des Landes laufen die Klagen darüber ein, daß die für die Bauabtheilung bewilligten Staatsgelder gar nicht verwendet werden und mit den angefangenen Bauten gar nicht fortgeführt wird. So hat bekanntlich hier in Berlin der Königsplatz 3 bis 4 Jahre wie eine Wüste dagelegen, obwohl man doch schon wegen des von maßgebender Seite gegebenen Lieblingsplans, dort ein das Reichstagsgebäude zu verlegen, alle Ursache hatte, die dortigen Bauten zu fördern. Nicht minder sind die Anlagen am Kreuzberg völlig ins Stocken gerathen. Gegenüber diesen schreienden Mängeln ist eine gründliche Reorganisation der Bauabtheilung des Handelsministeriums ein dringendes Erfordernis.

Minister Achenbach: Die Anlagen des Vorredners gegen mich kann ich ihm zum größten Theil direct zurückgeben. Er weist auf die 5 Milliarden hin und fragt, daß der Handelsminister seiner Zeit nicht daran gedacht hat, einen größeren Theil dieser Summen zu dauernden Bauzwecken festzulegen. Ich war damals noch gar nicht in meinem jetzigen Amte; aber ich frage den Vorredner, warum ist er denn damals nicht aufgetreten und hat diese Gesichtspunkte geltend gemacht, deren Außerachtlassen er mir hier vorwirft. Ich habe im Gegentheil von dem Augenblicke an, wo ich ins Amt eintrat, gerade das gethan, was er heute als nicht geschehen hinstellt, ich habe gerade eine Reihe von bedeutenden Mitteln festgelegt zu dauernder Verwendung für Bauausführungen, die dem Lande zu Gute kommen. Ich muß also diese persönlichen Angriffe als aus völliger Unkenntnis der Sache heraus gegen mich gerichtete bezeichnen und ich weise sie entschieden zurück. Was nun aber die Ausführung dieser Bauten betrifft, so weiß das Haus, daß damals, als die Gelder bewilligt wurden, für den größten Theil dieser Unternehmungen irgend welche Vorarbeiten noch gar nicht gemacht waren; und diesen mußten natürlich nachgeholt werden. Schon hieraus erklärt es sich, daß viele dieser großen Bauunternehmungen nicht sofort in Angriff genommen werden konnten. Es ist aber auch die Ausführung der Arbeiten gar nicht in solcher Weise zurückgeblieben, wie das hier behauptet wird. Nach den mir vorliegenden Nachweisungen hat die Bauverwaltung noch ungefähr einen Bestand von 10 Mill. Mk. zur Verfügung, die in erster Linie zur Ausführung der projectirten Canalbauten bestimmt sind. Die Vorarbeiten waren zum Theil von Anfang an auszuführen, zum Theil zu ergänzen bei dem Majurischen Canal, bei dem Nebe-, Brabe- und Ems-Jahdecanal. Hierzu kam, daß bei diesen Unternehmungen zugleich die Frage erörtert und entschieden werden mußte, in wie weit eine Betheiligung der Grundeigentümer an den Kosten der Ausführung dieser Canäle zu erfolgen habe. Es war dies eine Frage von der größten Schwierigkeit, die bei dem Majurischen und Nebe-Canal auch heute noch nicht

befriedigend gelöst ist. Bei anderen Unternehmungen, wie insbesondere beim Rhein- und Saarcanal, waren es die ungünstigen Wasserverhältnisse der letzten Jahre, welche den Fortgang der Arbeiten auf's Aeußerste erschwerten. Die Ausführung der Anlagen auf dem Königsplatz sind gerade durch das schwebende Reichstagsgebäude-Project so lange verzögert worden und daß der entscheidende Ausgangspunkt dieser Verzögerung am allerwenigsten in meinem Ressort zu suchen ist, weiß der Vorredner so gut wie ich. Ich bin mir bewußt, daß ich auf dem Gebiete, das meiner Thätigkeit unterliegt, mit aller Energie und nach besten Kräften meine Aufgabe erfüllt habe; es ist in meinem Ressort was nur irgend möglich war, geleistet worden und ich kann daher nur nochmals die gegen mich erhobenen Angriffe als ganz ungerechtfertigte energisch zurückweisen und muß das Haus bitten, den Antrag des Vorredners, der diese ungerechtfertigten Vorwürfe zum Ausgangspunkte hat, abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Hammacher: Ich glaube, es ist dem Handelsminister gelungen, mehrere Vorwürfe des Abg. Dunder glänzend zu widerlegen. Zwei Vorwürfe aber, die besonders vom Abg. Dohrn gemacht worden sind, hat er nach meiner Auffassung nicht zu entkräften vermocht: die Verzögerung in der Ausführung der öffentlichen Gebäude und ferner die Systemlosigkeit in den Selbstverwaltungen für Bauzwecke. Was den ersten Punkt betrifft, so liegt die Schuld lediglich an den bürokratischen Formalitäten, daß alle Schriftstücke erst tausendfach hin und hergeschickt, neue Correctionen an den Plänen angebracht und auf jeden einzelnen Techniker im Ministerium Rücksicht genommen werden muß, der irgendwie ein Mal eine neue Idee hat. Eine Besserung in dieser Beziehung läßt sich zunächst nur dadurch erreichen, daß man den Provinzial- und Lokalbehörden einen größeren Spielraum gestattet, und die Ministerialcassette anweist, sich nicht zu sehr um alle Einzelheiten zu kümmern. An dem zweiten Vorwurf der Systemlosigkeit in Bezug auf die Selbstverwaltungen für öffentliche Bauten participirt auch das Haus, da es ja Alles genehmigt hat. Eine Besserung ist hier nur dadurch zu erzielen, daß die Regierung einen vollständigen umfassenden Plan des ganzen Projectes ausarbeitet und dem Hause zur Discussion vorlegt, nicht aber bloß ratenweise die Bewilligung fordert, um schließlich mit dem Project in die Brüche zu gerathen. Wie wir von dem Finanzminister erfahren haben, sollte noch in der gegenwärtigen Session dem Hause eine Vorlage über die Creditbewilligung für außergewöhnliche Staatsbauten gemacht werden; ich möchte nun den Minister mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses bitten, daß dies möglichst bald geschehe, damit die Vorlage noch genügend geprüft werden kann. Das Land wird für ein derartiges Vorgehen der Regierung nur dankbar sein, denn es werden schon viele Stimmen laut, welche behaupten, daß wir bei unsern Arbeiten die Fühlung mit den Sorgen und Bedürfnissen des Landes verloren haben. Lassen Sie uns beweisen, daß man sich darin täuscht. (Beifall.)

Minister Achenbach erklärt, daß in den nächsten Tagen dem Hause eine derartige Vorlage, wie sie der Abg. Hammacher gewünscht, vorgelegt werden solle.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Der Abg. Dunder hat den ersten Theil seiner Vorwürfe ausdrücklich gegen den früheren Minister gerichtet. Die beiden Klagen, um die es sich vor Allem handelt, hat der Abg. Hammacher näher präcisiert. Dieser Antrag hat lediglich die Bedeutung, bei dem wirklich vorhandenen Nothstand die Uebereinstimmung des Hauses und der Regierung zu constatiren, demselben nach Möglichkeit durch Ausführung von Bauten entgegenzutreten. Jedenfalls treiben wir hiermit praktische Socialpolitik, indem wir den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen; denn das Recht auf Arbeit ist ein altes Schlagwort, daß hier praktisch zur Anwendung gelangen kann. Wir erlangen aber noch einen andern Vorteil, nämlich einen finanziellen, wenn wir nicht nur alle Bauten ausführen, zu denen schon das Geld bewilligt ist, sondern auch solche, für welche dies allerdings noch nicht geschehen, welche aber als notwendig anerkannt sind, da ja angeblich Arbeitslöhne und Material äußerst billig sind.

Abg. Vasker: Der Abg. Dohrn und später der Abg. Hammacher haben durchaus objectiv die Verhältnisse in der Organisation unserer Bauverwaltung dargelegt und der Minister hat sie nicht widerlegt, sondern sich darüber ausgeglichen. Der Antrag Dunder bezieht sich nun auf ein Object von zehn Millionen Mark. Wollen Sie wirklich mit diesem Mauerwerk Uebrigens? Mit der sofortigen energischen Inangriffnahme von Arbeiten im Betrage von 10 Mill. A. wollen Sie den Nothstand des Landes, den Sie schon gebildet haben, heben oder nur ein Bemerkenswerthes erleichtern? Das scheint mir nicht die rechte Fühlung mit den wirklichen Verhältnissen zu sein. Der Antrag Dunder hat sich aber in der Motivierung des Antragstellers zu einem Mißtrauensvotum gegen den Minister aufgeführt; deshalb bitte ich, wenn die Majorität für den Antrag stimmen sollte, nur auf diesejenige Motivierung zu hören, welche der Abg. Windthorst (Bielefeld) ihm gegeben hat. Wegen eines Vorwurfs muß ich den Handelsminister in Schutz nehmen. Die Milliarden sind unter unserer Zustimmung zunächst zur Vertheilung des Landes verwendet, ein sehr geringer Theil ist überhaupt an Preußen gekommen (Sehr wahr), der zum größten Theil zur Schuldentilgung verwendet ist. Man hat zwar vor einer allzu großen Schuldentilgung gewarnt, allein die große Mehrheit hat sich dafür entschieden und wenn wir damit, wie ich glaube, einen Fehler gemacht haben, so dürfen wir die Regierung nicht allein beschuldigen. Einen Theil der Milliarden hat der Handelsminister mit Arreft belegt; die Pläne, welche vorgelegt wurden, waren nicht reif, wir haben aber Alles, wofür eine Dringlichkeit vorzuliegen schien, bewilligt. Wir selbst haben bei unseren Bewilligungen die Regierung gewarnt und zum Theil ausdrücklich die Bedingung gestellt, daß sie nicht etwa, weil sie nur das Geld in Händen habe, sogleich mit der Ausführung vorgehe. Daher ist, wenn die erwähnten vier Canalprojecte bisher ausangeführt geblieben sind, der Regierung durchaus in keiner Weise ein Vorwurf zu machen, insbesondere nicht ohne specielle Prüfung der Sachlage. Dagegen wird das Haus dem Antrage des Abg. Dohrn beitreten können, zu untersuchen, ob von den bewilligten Mitteln nicht bestimmte Summen in diesem Jahr für solche Bauten ausgegeben werden können, welche liquid gemacht werden



Wannen. Im Uebrigen stimme ich durchaus dem Vorredner darin bei, daß große Bauten nicht vom Zufall der jährlichen Bewilligung abhängig gemacht werden dürfen, sondern nach einem allgemeinen Plan der Staatsmittel in Anspruch zu bringen sind. Wenn er aber daran die Mahnung knüpfte, man solle aus Rücksicht auf den Nothstand des Landes große, weitläufige Pläne, die in der öffentlichen Meinung noch durchaus nicht reif sind, zur Ausführung bringen, so warne ich das Haus dringend, einen solchen Weg zu betreten. Wir dürfen durchaus nicht an die Theorie anknüpfen, daß der Staat berufen sei, erster Arbeitgeber zu sein und Arbeit zu schaffen, lediglich um Arbeiter beschaffigen zu können. In Communen kann dieser Grundsatz wohl zeitweilig zutreffend sein: heute ist die Noth, heute wird Arbeit gegeben. Wenn es sich aber im Staate um große Pläne handelt und Sie empfehlen die Ausführung solcher mit Rücksicht auf den Nothstand, so bedeuten Sie doch, daß solche Pläne Jahre brauchen, ehe sie zur Reife gelangen, und wir kommen mit der Ausführung zu einer Zeit, in welcher der heutige Nothstand hoffentlich längst vorüber ist. Ich behaupte nicht, daß wir uns der Noth des Landes zu verschließen haben, aber will man sie berücksichtigen, so muß der Betrag verwendet werden, wenn der Nothstand wirklich herrscht.

Abg. Dunder: Der Abg. Lasker hat darauf hingewiesen, daß die noch vorhandenen 10 Mill. ziemlich wenig den vorhandenen Bedürfnissen genügen würden; ich konnte jedoch nicht wissen, daß sich die Mittel soweit vermindert hätten. Außerdem existiren aber noch 470 Mill. für Eisenbahnbauten, und wenn wir auch der Ansicht sind, daß der Eisenbahnbau nicht gedrängt werden darf, so soll er auch nicht absichtlich verzögert werden. Wir verlangen mit unserm Antrag durchaus nicht die Verhinderung von Staatsmitteln für Arbeiten ganz unproductiver Natur; aber es giebt eine ganze Menge von Bauten, deren Nothwendigkeit vollständig nachgewiesen ist und die somit productiv sind. Unser Antrag soll auch kein Mißtrauensvotum gegen den Minister aussprechen, sondern nur gegen die Mißstände in der Organisation des Bauwesens sich richten. Wir trauen im Gegentheil dem Minister vollständig den guten Willen und die Energie zu, diese Organisation in ein besseres Stadium überzuführen.

Minister Alsenbach: Nachdem der Abg. Dunder selbst erklärt hat, daß in seinem Antrage kein Mißtrauensvotum gegen mich liege, habe ich selbstverständlich gegen die Annahme desselben nichts zu erinnern. Ich erkenne es als die Pflicht der Regierung an, diese Bauten so schnell als möglich auszuführen, aber ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß die 10 Millionen nur zu einem ganz geringen Theil wirklich disponible Mittel repräsentiren, im übrigen aber festgelegt sind und schwerlich eine andere Verwendung gestatten. Von den Eisenbahnbauten hoffe ich eine solche Förderung, daß sämtliche Eisenbahnen, welche in Angriff genommen sind, 1879 befahren werden können; es fehlt hier nicht an der allergrößten Energie. Die Bitte habe ich allerdings noch an die Abgeordneten, überall in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß der Grunderwerb insoweit erleichtert werde, daß die Grundeigentümer mindestens vorläufig den Besitz an die Bahn abtreten und die Einschüßigungsfähigkeit der späteren Lösung überlassen mögen. Andernfalls muß stets das Expropriationsgesetz in Anwendung gebracht werden und das ist so eingerichtet, daß bei eintretendem Widerspruch der Bahnbau auf Jahre hinausgeschoben werden muß. In Bezug auf das was über die Organisation der Bauverwaltung gesagt wurde, kann ich nicht anerkennen, daß bisher nichts geschehen sei. Ich habe im vorigen Jahre Vorarbeiten über die Ausbildung der Bautechniker erlassen, welche die Grundlagen zu einer demnächstigen vollständigen Umgestaltung des Bauwesens bilden. Es sind diese Vorarbeiten mit der größten Freude begrüßt und die Presse hat sich darüber anerkennend ausgesprochen. Es ist also auch hier ein Fortschritt gemacht worden.

Tit. 15: „Stromregulirungen und Hafenanbauten“ wird mit Kap. 6, Titel 1—21 des Extraordinariums: „Bau von Schiffahrtskanälen, Schleusen und Häfen“ gemeinsam discutirt. Abg. Dobner beantragte: Den Betrag von abgerundet 1,465,540 Mk., welcher von der zur Anlage eines Canals von Wauersee bis Allenburg früher etatsmäßig ausgesetzten Summe noch disponibel und für diesen Zweck in absehbarer Zeit nicht zu verwenden ist, als Lebenszuschuß des Jahres 1876 im Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung in Einnahme zu stellen, — dagegen in dem Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, für verschiedene Strom- und Hafenanbauten, um dieselbe Summe zu erhöhen. Abg. Hagen beantragte die Staatsregierung zu ersuchen: „a. In einer Uebersicht die nach dem Extraordinarium des Staatshaushaltsetats zum Bau von Schiffahrtskanälen, Schleusen, Häfen seit 1872 projectirten oder fortgeführten Arbeiten und Neubauten zusammenzustellen und hierbei speciell anzugeben: wie hoch diese Producte veranschlagt sind, wie weit und mit welchen Kosten sie zur Ausführung gekommen sind, und bis zu welcher Zeit ihre Vollendung beabsichtigt ist? b. Im nächsten Staatshaushaltsetat die Mittel zu einer zweckmäßig geordneten, schnelligeren Ausführung der a. genannten Arbeiten, soweit diese Ausführung noch für nothwendig erachtet wird, zur Verfügung zu stellen.“ — Die beiden Anträge werden darauf, weil sie Mehrbewilligungen enthalten, der Budgetcommission überwiesen.

Bei Tit. 15 richtet der Abg. Graf v. Königsdorff an den Handelsminister die Frage, welche Vorkehrungen getroffen seien, um eine Verbindung der Staats-Eisenbahn mit dem Hafen von Rügenwalde herzustellen. — Minister Alsenbach bemerkt, daß die bisher vorhandenen Mittel nicht ausreichen, daß aber auf Grund einer späteren Vorlage die nöthigen Mittel hoffentlich bewilligt werden würden.

Abg. Gruenhagen beklagt, daß der Bau des Memeler Hafens über den Anfang immer noch nicht hinausgekommen sei; die jetzigen Bruchstücke der Molen, die man nur „Stummel“ nennen kann, sind ein so großes Hinderniß der Schifffahrt, daß sich der Verkehr schon nach den russischen Häfen zu ziehen beginne. Er wünscht, daß man diesen Landestheil doch nicht so als Stiefkind des Staates behandeln möge. — Minister Alsenbach bemerkt, daß die bewilligten bedeutenden Mittel verwendet seien; neue Mittel sind noch nicht flüssig, werden auch bei der augenblicklichen Lage des Etats kaum bald geschafft werden können. Die Bahn Memel-Insterburg werde den Verkehr von Memel wesentlich heben; die Concurrenz der russischen Ostseehäfen sei nicht zu fürchten.

Die sämtlichen Titel des Kapitels werden bewilligt; ebenso die übrigen Kapitel dieses Etats.

Es folgt der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Bei Kap. 14, Titel 1 und 2, Abg. v. Lyskowski über die hohen Preise der schlesischen Kohlen in Preußen; er wünscht die schlesischen Bergwerke darauf aufmerksam zu machen, und bittet die Regierung bei den Eisenbahnen auf eine Verminde rung der Transportkosten für Kohlen hinzuwirken.

Bei dem Cap. 15 der dauernden Ausgaben fragt Abg. Hammacher, ob man den Betrieb des Bernsteinwerks Rortyden noch fortzuführen gedenkt, nachdem die ersten Bohrungen sich als erfolglos erwiesen: er selbst wünscht die Fortführung des Betriebes, weil man sich durch diese ersten Mißerfolge nicht abschrecken lassen dürfe. — Geh. Oberberg Rath Krug v. Nidda erwidert, daß man die Arbeiten fortsetze, weil man noch Hoffnung auf Erfolg habe.

Die übrigen Capitel dieses Etats werden ohne Debatte angenommen. — Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Donnerstag, 14. Februar.

Den weitaus größten Theil der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm die Discussion über die Verwaltung des Bauwesens in Anspruch. Die lebhaften Beschwerden in dieser Richtung, welche durch eine scharfe Kritik des Abg. Dohn eingeleitet worden, gegen welche der Handelsminister Alsenbach sich aber entschieden verteidigte, wurden im Laufe der Debatte vorzugsweise auf zwei Punkte reducirt. Der erste betrifft die Verlangsamung der Ausführung der öffentlichen Bauten. Dieselbe führte der Abg. Hammacher auf den schlechten bürokratischen Apparat zurück. Bei jedem neuen Gymnasium und dergl. würden Jahr und Tag auf die Anfertigung der Pläne verwandt, obgleich es sich doch immer um ganz ähnliche Fälle handle. Aus diesem Gesichtspunkte sei eine andere Organisation des ganzen Bauwesens nothwendig. Der zweite Punkt betrifft die unsystematische Bewilligung der finanziellen Mittel. In Zeiten, wo ein reich dotirtes Extraordinarium vorhanden ist, werden die ersten Raten für große Neubauten bewilligt; schmälern sich nachher die Mittel des Extraordinariums, so bleibt der angefangene Bau liegen. Der letztere Vorwurf trifft allerdings auch das Finanzministerium. In der Hervorhebung dieser Fehler lag das eigentliche Resultat der Verhandlung. Außerdem wurde ein Antrag des Abg. Dunder angenommen, welcher die Regierung auffordert, Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes mit der Ausführung derjenigen öffentlichen Bauten und Arbeiten, zu denen seitens der Landesvertretung die Mittel bewilligt sind, sofort energisch vorzugehen. Es wurde indeß ausdrücklich bemerkt, daß die Forderung des Antrags sich eigentlich von selbst verstehe. Uebrigens belaufen sich die für den Baufonds noch bewilligten Mittel nur auf 10 Millionen Mark. Der Abg. Lasker warnte auch ausdrücklich, den Gedanken aufkommen zu lassen, als wolle man eine Wirtschaftspolitik begünstigen, die eines momentanen Nothstandes wegen Bewilligungen vornehme, welche doch erst nach Jahren zur praktischen Ausführung gelangen könnten.

In Ungarn dauert die Ministerkrise noch immer fort. Als Kaiser Franz Joseph den bisherigen ungarischen Ministerpräsidenten fragte, wen er zum Nachfolger vorschläge, nannte Tisza die Führer der beiden Schattirungen der „regierungsfähigen“ Opposition, den gemäßigt conservativen Sennyei und den conservativ clericalen Juber Curiae Georg Majlath. Letzterer ist kein Freund des Barons Sennyei, über den er sich öfter bitter geäußert hat, daß derselbe mit der liberalen Partei coquette und daß er die modernen Ideen unter conservativer Firma einschmuggeln möchte. Majlath erklärte sich gegen den Regierungsantritt der Conservativen, Sennyei antwortete zögernd und formulirte seine Bedingungen: eine neue wirtschaftliche Grundlage für den Ausgleich und Durchführung seines schon von früher bekannten Verwaltungsprogramms. Sennyei konnte aber in dem gegenwärtigen ungarischen Reichsrath auf keine Mehrheit rechnen, er hätte die Auflösung des Parlamentes und Neuwahlen erstreben müssen, deren er keineswegs sicher sein konnte. Uebrigens ist Sennyei ein persönlicher Gegner Andrassy's, seine Regierungsbürokratie hätte wohl bald eine Aenderung in der Besetzung des Kanzlerpostens, vielleicht auch einen Cabinetwechsel in Cisleithanien herbeigeführt. Die Verhandlungen mit Sennyei haben zu keinem Resultat geführt. Es wurde darauf mit den alten Deputirten, mit Szalay und Witto, endlich auch mit Gyoczy und Szecsen angeknüpft, es will aber Niemand unter den ihm gestellten Bedingungen die Erbschaft Tisza's übernehmen. Niemand weiß noch, was werden soll. Man nennt nur noch Gorovó, der beim Scheitern aller andern Versuche berufen werden soll.

Man glaubt jetzt ziemlich allgemein, daß Rußland im Laufe des März die Offensive gegen die Türkei ergreifen wird. Die russische Regierung hat die Polizeibehörden Südrusslands angewiesen, die Arbeiten behufs Einberufung der Polischen, des Landsturmes, so weit wie möglich vorzubereiten. Diese Truppen haben die Aufgabe, einem auswärtigen Feinde gegenüber die heimathlichen Grenzen zu vertheidigen und im Innern die Ordnung aufrecht zu erhalten. Dieselben dürfen nicht außerhalb des Landes verwandt werden. Hiernach scheint es, daß die Südmarmee demnächst activ werden soll, da nur in solchem Falle der Landsturm bisher einberufen wurde. Die Gutsbesitzer Südrusslands haben sich erboten, auf ihre Kosten diese Truppen zu equipiren, während der Staat für die Bewaffnung sorgen wird. Da aber für diese Ausnahmetruppen keine Waffen, namentlich keine Gewehre zur Verfügung sind, so werden dieselben sich wohl für den Anfang ohne Gewehr behelfen müssen.

In Serbien glaubt man aus verschiedenen Anzeichen schließen zu können, daß gleichzeitig mit dem Einmarsch der Russen in Bulgarien die Deserterei im Einverständnis mit Rußland Bosnien und die Herzegowina besetzen werde. Man schreibt der „Schl. Z.“ aus Belgrad: „In Cattaro und Ragusa, in Imotski und Knin ist so viel Militär concentrirt, daß die Civilbevölkerung keinen leeren Raum für sich behält. In Agram ist gewissermaßen das Hauptquartier der Operations-Armee und von dort gehen tagtäglich Transporttruppen, Artillerie etc. an die bosnische Grenze ab. In Sissek, Jasenovatz, Kostanjica, Gradiska, Brod, Mitrovica befinden sich Pionier-Abtheilungen und in den Dörfern von Mitrovica bis Sissek, längs der ganzen Save, wurde Militär einquartiert. Man sucht diese Truppenansammlungen so wenig als möglich bemerkbar zu machen, und es wurde den croatischen Journalen untersagt, über die Bewegungen der Truppen zu berichten, auch wurden sämtliche über die Concentrirung berichtende Telegramme an die Journale von der dalmatinischen und croatischen Landesregierung inhibirt. Alle diese Maßregeln lassen wohl blicken, noch mehr aber der Umstand, daß man gegen die Insurgenten auf einmal eine freundlichere Politik verfolgt, die Bildung von Freischaaaren nicht hindert und den Uebertritt derselben nach Bosnien begünstigt. Das Commando der Operations-Armee in Bosnien soll General Maroschitsch übernehmen, während Robitsch und Walsitz in der Herzegowina und in West-Bosnien den Befehl übernehmen würden.“

Wir geben diese Nachrichten nur unter großer Reserve wieder. Es liegen sonst keine Anzeichen von anderer Seite dafür vor, daß die österreichische Militärpartei die türkische Politik der Magyaren so weit zurückgedrängt hätte.

In Belgrad ist man überhaupt zu abenteuerlichen Schlüssen in der Politik geneigt. Der bisherige englische Generalconsul White (früher Consul in Danzig) traf vor einigen Tagen von Konstantinopel, wo er als Beirath Salisbury's fungirte, in Belgrad ein, und erhielt von London aus den Befehl, vorläufig noch in Belgrad zu bleiben. Wahrscheinlich soll er seinen Nachfolger, den neuen Generalconsul St. John vertreten, der eine Reise nach Wien angetreten hat. Nun hat man Mr. White, wahrscheinlich ungeschuldiger Weise, in Verdacht, der Ueberbringer geheimer Anträge der Pforte an die serbische Regierung zu sein, während man von St. John sagt, daß derselbe wichtige Depeschen von Belgrad nach Wien bringe. Nichtig ist, daß England jetzt überall eifrig an der Erhaltung des Friedens arbeitet. St. John hat wahrscheinlich in Wien die dort geführten serbisch-türkischen Vorverhandlungen unterzogen sollen.

## Deutschland.

△ Berlin, 13. Februar. Der Etat für das Reichs-Eisenbahnbaujahr 1877/78 veranschlagt die Einnahmen auf 2339 Mill., die Ausgaben auf 272 750 Mill. und zwar auf 3 740 Mill. weniger als im Vorjahre. — Der Justizauschuß des Bundesrathes hat beantragt, dem Gesetze, wonach das Reichsgericht in Berlin seinen Sitz haben soll, zuzustimmen. — Der Provinziallandtag der Provinz Brandenburg ist zum 6. März nach Berlin einberufen worden. — In einer Sitzung der Eisenbahnetatsgruppe des Abgeordnetenhauses hat auf die Bitte um Auskunft über den Stand der Verhandlungen, betreffend den Uebergang der preussischen Staatsbahnen an das Reich, der Regierungs-Commissar, Ministerial-Director Weishaupt, erwidert, daß die preussische Regierung gegenwärtig noch damit beschäftigt sei, den genauen Werth der Staatsbahnen behufs Feststellung eines angemessenen Verkaufspreises zu ermitteln, und daß die eigentlichen Verhandlungen mit dem Reich erst dann eröffnet werden sollen, wenn alles auf diese Hauptfrage bezüglich Material klar und übersichtlich zusammengestellt sein werde, so, daß man erkenne, daß weder Preußen Schaden erleide, noch das Reich über Vortheile werde.

\* Zum Etat des Unterrichtswesens hatte der Abg. Riesel die Frage gestellt: „Welche Summe von dem in Capitel 125 Titel 12 „zu Besoldungen und Zuschüssen u. s. w.“ ausgesetzten Beträge wird zu Alterszulagen verwendet; wieviel entfällt hiervon auf das Land und wieviel auf die Städte, nach welcher Maßgabe werden die Lehrer in Städten berücksichtigt, und ist es möglich, einen Nachweis derjenigen Städte zu geben, in denen Lehrer staatliche Zulagen empfangen?“ Seitens der Regierung wurde geantwortet: „Von dem „zu Besoldungen und Zuschüssen u. s. w.“ ausgesetzten Beträge gelangen im Jahre 1877/78 zu Dienstalterszulagen zur Verwendung 3 659 855 Mk. Diese Summe wechelt in den verschiedenen Jahren, indem zu den lediglich zu Dienstalterszulagen bestimmten 3 300 000 Mk. je nach den Umständen mehr oder weniger von den zur Gewährung persönlicher Zulagen bestimmten Fonds zugeflossen werden muß, um alle Lehrer etc., welche nach Maßgabe ihres Dienstalters Anwartschaft auf die Dienstalterszulage haben, in deren Genuß zu setzen. Für die Gewährung von Dienstalterszulagen für städtische Lehrer gilt insbesondere die Maßgabe unter Nr. 4b. der Circular-Verfügung vom 18. Juni 1873 (Centralblatt für die Unterrichtsverwaltung von 1873 Seite 470 ff. und Anlage A. zu Nr. 108 der Druckfachen des Hauses der Abgeordneten II. Session 1875). Diese Bestimmung wird in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Hauses der Abgeordneten vom 12. März 1875 so gehandhabt, daß bei Vertheilung von Dienstalterszulagen Orte mit festen Gehaltsstufen, aber unauskömmlichen Gehaltsstufen nicht ausgeschlossen werden, sofern jene Orte nicht selbst ausreichende Mittel zur Verbesserung der Gehaltsstufen haben. Wieviel von den 3 659 855 Mk. auf Landlehrer und wieviel auf städtische Lehrer entfällt, läßt sich ohne Anforderung von speziellen Nachweisungen seitens der Provinzialbehörden nicht angeben, ebensowenig können ohne solche Ermittlungen die Städte bezeichnet werden, in welchen die Lehrer Dienstalterszulagen aus Staatsfonds erhalten.“

\* Die Verhandlungen betreffs Erneuerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages finden wahrscheinlich in Berlin statt, wegen Unmöglichkeit dieserseitiger Unterhändler während der Reichstagsession.

— Die „Kreuzzeitung“ bezeichnet als Candidaten für das Unterstaatssecretariat im Ministerium des Innern den Bezirks-Präsidenten v. Ernsthausen in Colmar und den Regierungs-Präsidenten Steinmann in Arnberg.

— Aus Charlottenburg wird berichtet, daß daselbst auf höheren Befehl polizeiliche Haus-suchungen vorgenommen seien, welche auf die Anwesenheit des flüchtigen Joachim Gehlsen Bezug haben sollen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Februar. Alle bisherigen Combinationen über die Neubildung des ungarischen Ministeriums sind gescheitert. Die Verhandlungen über die Bankfrage werden daher morgen zwischen der österreichischen Regierung und den Ministern Tisza und Szell bei dem Ministerpräsidenten, Fürsten Auersperg, wieder aufgenommen werden.

## Schweiz.

Bern, 10. Februar. Mit dem deutschen Reichsconsulat in Genf, das durch die Flucht Brodhags eine so traurige Erledigung gefunden, ist vorläufig Heinrich Blind, Mitglied des Vorstandes des dortigen deutschen Hilfsvereins, beauftragt worden. Er ist ein Bruder Karl Blind's.

## Italien.

Rom, 9. Febr. Die Trauerfeierlichkeit für die nach dem 6. Februar 1855 erschossenen Mailänder ist, wie eben eine Depesche des Bürgermeister's Belinghisi aus Mailand meldet, verschoben. Das Municipium hat sich in's Mittel gelegt, so daß der Aufzug am nächsten Sonntag nicht mehr stattfinden. Erledigt ist aber die Sache

nicht. Die „Societa democratica“ in Mailand hat allerdings beschloffen, die Deputation des Parlamentes jetzt anzunehmen, weil sie in ihrer Abordnung eine Hulldigung der republikanischen Prinzipien erblickt, ob diese Begründung, welche öffentlich bekannt gemacht wurde, dem Präsidenten der Kammer annehmbar erscheint, ist eine zweite Frage, zumal sich das eigentliche Comité, welches die Feier veranlaßt, und noch im Amt ist, entschieden weigert, von dem früheren Beschlusse zurückzutreten. Um der Sache eine noch größere Bedeutung beizulegen, werden jetzt alle italienischen Arbeitergesellschaften pro und contra in Bewegung gesetzt, um durch Telegramme ihre Meinung kundzugeben. Das Comité behauptet, schon 100 Gesellschaften auf seiner Seite zu haben. Unter solchen Umständen wird die Regierung wohl alles anbieten, die Verschiebung der Feier auf unbestimmte Zeit, wenn es ihr irgendwie möglich ist, herbeizuführen, da sie, wie ich neulich andeutete, ernste Beschwerden über die Sache vom österreichischen Botschafter Hamerle zu hören bekam. Es bestätigt sich vollkommen, daß der König besonders aus Neapel hierher kam, um die Creditiv des neuen Botschafters mit dem Ausdruck seines Wunsches nach den besten Beziehungen zu Oesterreich entgegen zu nehmen.

## England.

London, 12. Febr. Oberhaus. Auf eine bezüglich der Aufträge des Lord Albans erklärte der Unterstaatssecretär Cadogan, die nach Konstantinopel gesandten Ingenieur-Offiziere seien einzig und allein dorthin gesandt, um sich Informationen im Interesse Englands zu verschaffen. Der türkischen Regierung sei keine Mittheilung hiervon gemacht worden. — Unterhaus. Gladstone theilte mit, daß er am nächsten Freitag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Depesche des Grafen Derby an den Botschafter Elliot vom 5. September v. J. lenken werde, um die Ansichten der Regierung bezüglich dieser Depesche in Erfahrung zu bringen. Der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, erklärte Muir auf seine Anfrage, ob die Türkei die Bezahlung der Coupons der Anleihe von 1855 suspendirt habe, die Türkei habe für die Bezahlung der Februarcoupons der Anleihe von 1855 Vorkehrungen getroffen, was diejenigen der Anleihe von 1854 betreffe, so sei Frankreich und England deswegen in Konstantinopel vorfellig geworden. Auf die Anfrage Campbell's bezüglich des Verhältnisses des Botschafters Elliot zur Krone, erwiderte der Schatzkanzler, Elliot befände sich noch immer im activen Dienste. Der Unterstaatssecretär des Aeußern, Bourke, erklärte auf eine Anfrage Forster's, es sei kein Grund mehr vorhanden, die Mittheilung der Depesche des Grafen Derby zu verweigern, in welcher dieser die Pforte davon in Kenntniß setzt, daß sie im Falle eines Krieges mit Rußland auf keine materielle Unterstützung Englands zu rechnen habe. (W. T.)

© Seit den neulichen Stürmen fehlen von der Plymouth-Lowestofter Fischerflotte noch gegen 40 Fahrzeuge mit einer Besatzung von ungefähr 200 Personen. Da durchaus keine Nachrichten von ihrem Verbleiben zu erlangen waren, hat die Admiralität zwei Kriegsschiffe ausgesandt, um sie aufzufinden. — Aus Indien eingetroffene Blätter schildern die dort herrschende Hungersnoth in den düstersten Farben und erwähnen auch der angeblich immer wachsenden Entfremdung von Rabul; die „Bombay Gazette“ will wissen, daß ein offener Bruch demnächst bevorsteht. Die Kosten der Delhi-Kaiser-Festlichkeiten belaufen sich auf fünfzigtausend Pf. Sterling.

## Rußland.

Petersburg, 10. Febr. Am letzten Dienstag ist der letzte aus 43 Mann bestehende Trupp russischer Freiwilligen aus Serbien hierher zurückgekehrt. Diese 43 Mann haben zu dem Bataillon gehört, das den Namen des Generals Tschernajeff führte und 400 Mann stark war. Unter den mit den Truppen angekommenen Offizieren befinden sich auch viele Ausländer, meist österreichische Offiziere serbischer Nationalität, u. A. auch ein preussischer (?) Generalstabs-Offizier, Capitän Teske, eine ziemlich originelle Erscheinung.

## Serbien.

Belgrad, 12. Februar. Staatsrath Philipp Christits ist nunmehr definitiv mit der Mission als Bevollmächtigter Serbiens für die Friedensverhandlungen in Konstantinopel beauftragt worden. (W. T.)

## Amerika.

© Am 8. Februar ist das Canadische Parlament zu Ottawa durch den General-Gouverneur, Lord Dufferin, eröffnet worden. In seiner Rede betont er unter Anderem die Nothwendigkeit, den Auslieferungsvertrag mit den Vereinigten Staaten so schnell als möglich wieder aufzunehmen und umfassender zu formuliren und bebauerte, daß die Feststellung der Frage über die Fischereigerechtfame nicht bessern Fortgang gehabt hätte.

Ottawa, 12. Februar. In einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des canadischen Parlaments protestiren 2 Parlamentsmitglieder von British-Columbia gegen das Vorgehen der canadischen Regierung bezüglich der Pacificbahn und drohten mit dem Austritt British-Columbias aus der canadischen Union. (W. T.)

## Danzig, 14. Februar.

\* Die zur Prüfung und Begutachtung der Weichsel-Nogat-Regulierungsprojecte unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten zusammengetretene Commission von technischen und Verwaltungsbeamten des Oberpräsidiums, der hiesigen Regierung, beteiligten Landräthen und Weichsel-Commune-Vorsteher setzen auch heute in einer längeren Sitzung im hiesigen Regierungsgebäude ihre Beratungen fort. Morgen gedenkt die Commission noch einige Punkte der unteren Weichsel zu besichtigen.

Von Warschau sind heute zwei officiële Telegramme eingegangen. Das erste derselben meldet, daß die Schneemassen in den Karpathen viel geringer seien als in anderen Jahren, auch das Hochgebirge sei minder bedeckt und daher starker Zufluß zur Weichsel nicht zu befürchten. Nach dem zweiten Telegramm von heute früh war der Wasserstand in Warschau seit gestern um 22 Zoll gewachsen, er betrug 4 Fuß 10 Zoll. Das Eis steht noch fest. Bei Thorn hält die Eisstopfung an der Holzbrücke ebenfalls noch Stand. Auf der unteren Weichsel



den stürzenden Regen mit dem Wind vertheilte  
 üßige westliche Winde und ist überall Regen gefallen.  
 Deutsche Seewarte.

---

**Meteorologische Beobachtungen.**

---

Stunde	Barometer- Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
4	29.6 (1)	11	93. — 85. — 5. N. und W. —







# Beilage zu No. 10196 der Danziger Zeitung.

Danzig, 14. Februar 1877.

## 8 Sitzung des Provinzial-Ausschusses vom 8. Februar. (Schluß.)

Durch eine dringend nothwendig gewordene Reparatur der beiden großen Dampfkessel in der Irrenanstalt zu Schwes ist eine Ausgabe von 3229 Mk. entstanden. Dieselbe ist nur zum Theil aus dem Etat pro 1876 zu decken gewesen, der Betrag von 2245 Mk. ist ungedeckt geblieben. Der Provinzial-Ausschuß beschließt, bei dem Provinzial-Landtage zu beantragen, die Ueberschreitung des Etats und die Anweisung des Betrages von 2245 Mk. auf den Etat der westpreussischen Landarmen-Direction pro 1877 zu genehmigen. — An Stelle des Rechtsanwalts Gekner in Herbedrug erwählt der Ausschuß zum Mitgliede des Bezirksraths für den Regierungsbezirk Gumbinnen den Provinzial-Landtagsabg. Kaufm. Schlegelberger in Tilsit. — Der Provinzial-Ausschuß beschließt die Bestimmungen wegen Verwendung von Provinzialfonds zur Beförderung von Landesmeliorationen, obwohl eine Verpflichtung dazu nicht anerkannt wird, aus Nützlichkeitgründen durch die Amtsblätter zu publiciren. — Der von dem Herrn Landesdirector vorgelegte Entwurf der Geschäftsanweisung für die Landesbaupolizei wird den Herren Dr. Aschenheim-Praschnick, Danne-Danzig und Pohlmann-Graudenz zur Vorberatung überwiesen. — Der landwirtschaftliche Verein zu Tarpiau hat an den Herrn Landesdirector eine Petition gerichtet, in welcher er darüber Beschwerde führt, daß durch die dortige Corrigendenanstalt dem Kreise Wehlau nicht nur in den zur Entlassung gelangenden detinirten Personen sittenlose und verderbte Elemente zugeführt werden, sondern auch, weil ein Theil der Entlassenen dort hilfsbedürftig werde, Lasten erwachsen. Derselbe beantragt daher den Erlass von Bestimmungen, durch welche a. die Landarmenanstalt in Tarpiau verpflichtet wird, jeden von dort Entlassenen, dessen Marschunfähigkeit sich innerhalb eines Umkreises von drei Meilen von derselben und vor Ablauf von 48 Stunden nach der Entlassung herausstellt, wieder aufzunehmen; b. dem Kreise Wehlau außer den nach dem bestehenden Vertheilungsmodus ihm zukommenden Armenstellen noch 10 Stellen vorweg zur Befestigung zu bewilligen. Der Provinzial-Ausschuß beschließt: den Antrag ad b. abzulehnen und den Antrag ad a. dem Kreis-Ausschuß des Kreises Wehlau zur gutachtlichen Aeußerung mitzutheilen. Man war im Provinzial-Ausschuß darüber einig, daß der Antrag ad a. in seiner vorliegenden Form, weil gegen die Gesetze ver-

stoßend, unannehmbar sei, wollte jedoch eine nähere Erörterung der zur Sprache gebrachten socialen Mißstände und die Erwägung, wie denselben zu begegnen sein möchte, knicht von der Hand weisen. — Der Provinzial-Ausschuß genehmigt die Anstellung des früheren Bataillons-Lieutenants Pelikan auf sechsmonatliche Kündigung mit 1200 Mk. Gehalt, freier Wohnung, Feuerung und Beleuchtung, sowie die Annahme eines Hilfsboten gegen einen täglichen Diätensatz von 2,50 Mk. und bewilligt dem p. Pelikan eine Vergütung für Kosten der Reinigung zc. pro 1876 von 100 Mk. — Der Provinzial-Ausschuß genehmigt das von dem Landesdirector aufgestellte Tableau bezüglich der Prüfung der Verträge über Lieferung von Chauffeebaumaterialien und ermächtigt den Landesdirector, Verträge dieser Art, sofern Bedenken nicht entgegenstehen, und nachdem sie von dem Landesbau-rath und dem durch das Tableau dazu designirten Mitglieder des Provinzial-Ausschusses geprüft und zur Annahme empfohlen sind, ohne Mitwirkung des Provinzial-Ausschusses zu bestätigen. — Der Landesdirector wird autorisirt, vorbehaltlich der definitiven Beschlußnahme durch den Provinzial-Ausschuß, erforderlichen Falls außer den Kreissteuerassessoren auch andere geeignete Personen gegen Vergütung mit der zeitweisen Verwaltung einer Special-Baukasse zu betrauen. — Die Pensionirung des Chauffeeaufsehers Schatz in Wilkitten, Kreis Memel, mit der ihm zustehenden Pension von 584 Mk. wird genehmigt. Dem Feldmesser Schrötter, welcher während seiner Beschäftigung bei dem Bau der Provinzialchauffee Pentlad-Kowarren sich eine unheilbare Krankheit zugezogen hat, wird eine einmalige Unterstützung von 300 Mk. bewilligt. — Auf Antrag des Landesdirectors erklärt der Provinzial-Ausschuß sich damit einverstanden, daß in den Ortschaften der Weichsel- und Nogat-Niederungen, welche von der Ueberschwemmung betroffen oder bedroht sind, die Viehzählung bis zum Monat Mai d. J. ausgesetzt werde. — Der Provinzial-Ausschuß beschließt, für den Eigenthümer Lucas in Garnsee die Bewilligung einer Entschädigung von 1207 Mk. für 6 Pferde, welche demselben wegen Noth auf polizeiliche Anordnung getödtet sind, bei dem Provinzial-Landtage zu beantragen, lehnt dagegen den Antrag, auch für den Mühlenbesitzer Dorloff in Ladelopp für ein rothkrankes Pferd, welches ohne Zuziehung der Ortspolizei auf einseitige Veranlassung des Kreisveterinärzuges getödtet ist, die Gewährung einer Entschädigung zu befürworten, ab. — Die Begebung eines Darlehens von

12 000 Mk. aus dem Vermögen der Provinzial-Taubstumm-Anstalt in Königsberg zur ersten Hypothek auf das Grundstück Königsberg Hospital-Dammgasse Nr. 7 wird genehmigt. — Das Gesuch der physikalisch-ökonomischen Gesellschaft zu Königsberg um Bewilligung einer weiteren Beihilfe von 5000 Mk. wird in Rücksicht darauf, daß der genannten Gesellschaft bereits Zuschüsse in Höhe von zwei Dritteln der sämmtlichen in dem Etat zur Verwendung für Kunst und Wissenschaft ausgesetzten Mittel gewährt worden sind, abgelehnt. — Der von dem Löbenicht'schen Hospital-Collegium mit dem Dr. London vereinbarte Engagementsvertrag, durch welchen dem Letzteren die Behandlung der Kranken in der Anstalt gegen ein Honorar von jährlich 450 Mk. und ein Deputatholz von 10 Raummetern übertragen wird, wird mit der Maßgabe genehmigt, daß Dr. London sich der Bedingung fügen, daß gegen eine Paarvergütung von 100 Mk. das Deputatholz jederzeit in Wegfall gebracht werden kann. — Der Gutbesitzer Lewed in Pannwitz petitionirt um Gewährung einer Provinzial-Beihilfe zu den Kosten einer von ihm beabsichtigten Waldanlage. Der Ausschuß beschließt, dem Petenten zuvörderst die Beibringung eines forstmännischen Gutachtens anheimzugeben. — Der Antrag des Kreises Allenstein um Bewilligung einer Wegebau-Beihilfe wird abgelehnt. — Dem Lehrer Bazarke, welcher sich mit dem Unterricht armer taubstummer Kinder beschäftigt, wird eine Gratification von 25 Mk. bewilligt. — Der Provinzial-Ausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß der Assistentarzt der Provinzial-Irrenanstalt in Schwes, Dr. Jhlo, seinem Antrage gemäß, zum 1. April 1877 aus seiner Stellung entlassen werde, und genehmigt die Anstellung des Dr. Grunau als Assistentarzt genannter Anstalt vom 1. April 1877 ab, unter Vorbehalt 3monatlicher Kündigung mit dem etatsmäßigen Einkommen der Stelle von 1200 Mk. Gehalt, freier Dienstwohnung, Heizung, Beleuchtung und Verköstigung im Werthe von jährlich 825 Mk. Die Annahme des Amtsdieners Virge als Hausdiener der Provinzial-Hebeammen-Lehranstalt in Danzig vom 1. März 1877 ab, unter Vorbehalt vierwöchentlicher Kündigung mit dem etatsmäßigen Einkommen von 663 Mark, freier Wohnung und Verpflegung gegen Zahlung von 333 Mk., wird genehmigt. — Der Landesdirector hat dem Provinzialausschuß Mittheilung gemacht von den Beschädigungen, welche die Provinzial-Chauffee Elbing-Marienburg bei der letzten Ueberschwemmung erlitten und von den Maßregeln, welche er zur vorläufigen Wieder-

herstellung der durch die Beschädigungen gestörten Passage angeordnet hat. Derselbe bemerkt zugleich, daß er dem Verlangen des Deich-Hauptmanns Mörse, den Bruch des Dammes, welcher den Chauffee-Körper bildet, auf Provinzial-Kosten zu schließen, widerstanden habe, da er zur Wiederherstellung des Dammes, der vorzugsweise die Bestimmung habe, als Deich zu dienen, nicht die Provinz sondern den Deichverband der rechtsseitigen Rogatniederung für verpflichtet halte. Auch ein Gesuch des Deich-Verbandes, die Anlegung eines Dammes auf der Krone der Chauffee zu gestatten, könne er nicht befürworten. Der Provinzial-Ausschuß erklärt sich mit der von dem Landesdirector getroffenen Maßnahme einverstanden, genehmigt, daß mit der Herstellung der durch das Ueberströmen des Wassers über die Chauffee entstandenen Beschädigungen, sobald die Verhältnisse es gestatten, sofort vorgegangen werde, behält die Geldfrage späteren Erörterungen vor und lehnt den Antrag des Deich-Verbandes wegen Anlegung eines Dammes auf der Chauffee-Krone ab. — Der Kreis-Ausschuß des Kreises Heilsberg hat beantragt, ihm als Beihilfe zur Beschaffung einer Chauffeedampfwalze den Betrag von 3000 Mk. zu bewilligen. Die Walze kostet 12 000 Mk. Der Provinzial-Ausschuß beschließt, die Bewilligung der Beihilfe bei dem Provinzial-Landtage zu beantragen. — Auf den Antrag des Landesdirectors, betreffend die Ueberschreitungen des Etats der Irrenanstalt in Schwes pro 1876 um 8433 Mk., beschließt der Provinzial-Ausschuß die Genehmigung der Etatsüberschreitungen bei dem Provinzial-Landtage in Antrag zu bringen, desgl. bei dem Etat der Taubstumm-Anstalt in Königsberg 132 Mk. — Die Sitzung wird hierauf vertagt.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Amsterdam, 13. Februar. (Weinreimarkt.) (Schlußbericht.) Weizen pro März 299. Roggen pro März 189, pro Mai 195.  
Wien, 13. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 63,00, Silber. 68,25, 1854r Loose 107,25, Nationalb. 842,00, Nordbahn 1805, Creditactien 149,10, Franzosen 243,00, Galizier 212,25, Kaschan-Oberberger 86,00, Pardubitzer, Nordwestbahn 116,00, do. Lit. B. —, London 122,25, Hamburg 59,90, Paris 48,85, Frankfurt 59,90, Amsterdam 102,00, Creditloose 162,50, 1860er Loose 111,50, Lomb. Eisenbahn 78,75, 1864r Loose 184,90, Unionbank 54,00, Anglo-Austria 77,80, Napoleons 9,83, Einlagen 5,87, Silbercompos 114,70, Elisabethbahn 184,50, Ungarische Prämienloose 73,50, Deutsche Reichsbanknoten 60,35, Türkische Loose 17,80, Goldrente 74,15.



## Productenmärkte.

**Königsberg, 13. Februar.** (v. Portatius & Brothe.)  
Weizen  $\text{Zer } 1000$  Kilo hochhantler 134½ 214 A.  
bez., rother 129½ 202,25, russ. 117½ 155,25, 123/48  
180 A bez. — Roggen  $\text{Zer } 1000$  Kilo inlän-  
discher 123½ 156,25, 123/48 157,50, 124/58 160,  
gestern 124/58 161,25 A bez., fremder 114/58 134,25,  
119/208 143,50 A bez., Februar 147½ A Br.,  
145 A Gd., Frühjahr 150 A Br., 147½ A Gd.,  
Mai-Juni 150 A Br., 147½ A Gd. — Gerste  $\text{Zer }$   
1000 Kilo große 114,25 131,25, 134,25 A bez., kleine  
114,25, 128,50, russ 111,50 A bez. — Hafer  $\text{Zer }$   
1000 Kilo loco 124 A bez. — Erbsen  $\text{Zer } 1000$   
Kilo weiße 124,50, 126,50, 127,75 A bez. — Bohnen  
 $\text{Zer } 1000$  Kilo 135,50, 144,50 A bez. — Wicken  $\text{Zer }$   
1000 Kilo 133,25, 140, 142,25, 144,50, 146,50, 150 A  
bez. — Buchweizen  $\text{Zer } 1000$  Kilo 107,75 A bez. —  
Spiritus  $\text{Zer } 10000$  Liter A ohne Faß in Posten  
von 5000 Liter und darüber, loco 54¼ A bez.,  
Februar 54½ A Br., 54 A Gd., März 55½ A  
Br., 54¼ A Gd., Frühjahr 56¼ A Br., 55¼ A  
Gd., Mai-Juni 57½ A Br., 57 A Gd., Juni  
58¾ A Br., 58 A Gd., Juli 59¼ A Br., 58¾ A

Gd., August 60 $\frac{1}{4}$  M. Br., 59 $\frac{3}{4}$  M. Gd., September  
61 $\frac{1}{2}$  M. Br., 60 $\frac{3}{4}$  M. Gd.

Stettin, 13. Februar. Weizen *per* April = 220,50 *M.*, *per* Mai-Juni 222,50 *M.* — Roggen *per* Februar-März 157,00 *M.*, *per* April-Mai 158,00 *M.* *per* Mai-Juni 158,00 *M.* — Rüböl 100 Kilogr. *per* Februar 73,50 *M.*, *per* April-Mai 74,50 *M.*, *per* September-October 69,50 *M.* — Spiritus loco 52,50 *M.* *per* Februar 53,10 *M.*, *per* April = Mai 54,40 *M.*, *per* Mai-Juni 55,40 *M.* — Rübsen *pr.* Herbst 307,00 *M.* — Petroleum *per* Februar 17,25 *M.* — Schmalz, Wilcox 53,5 *M.* bez., Fairbank und Mac Farlane 53 *M.* bez. — Sering, Zhlen 42,5 *M.* tr. bei Posten bez., 43 *M.* Br.

Berlin, 13. Februar. Weizen loco per 100 Kilogramm 195—235  $\mathcal{M}$  nach Qualität gefordert, per Februar —  $\mathcal{A}$  bez., per April-Mai 221,5—223,00  $\mathcal{A}$  bez., per Mai-Juni 222,5—224,00  $\mathcal{A}$  bez., per Juni-Juli 223,5—225,00  $\mathcal{A}$  bez. — Roggen loco per 100 Kilogramm 158—184  $\mathcal{M}$  nach Qualität gef., per Februar 161,5—162,5  $\mathcal{A}$  bez., per Februar-März 161,5—164,5  $\mathcal{A}$  bez., per April-Mai 163,00—164,5  $\mathcal{A}$  bez., per Mai-Juni 161,5—162,5  $\mathcal{A}$  bez., per Juni-Juli 160,5—162,5  $\mathcal{A}$  bez. — Gerste loco per 1000 Kilogr. 127

183 A nach Qual. gef. — Safer loco *per* 100 Kilogramm 120—168 A nach Qualität gef. — Erbsen loco *per* 1000 Kilogr. Rohwaare 150—186 A nach Qual., Futterwaare 135—147 A nach Qual. bez., Weizenmehl *per* 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sack No. 0 29,00—27,00 A, No. 0 und 1 27,00 bis 26,50 A — Roggenmehl *per* 100 Kilogr. unverst. incl. Sack No. 0 26,00—24,00 A, No. 0 u. 1 23,50—22,50 A, *per* Februar 23,50 A bezahlt, *per* Februar-März 23,25 A bezahlt, *per* März-April 23,15 A bezahlt, *per* April-Mai 23,15 A bezahlt, *per* Mai-Juni 23,15 A bezahlt, *per* Juni-Juli — A bezahlt. — Weizen 100 Kilogramm ohne Faß 61,00 A bezahlt, — Rübsen *per* 100 Kilogramm loco ohne Faß 74,5 A bez., *per* Februar 74,5 A bez., *per* Februar-März 74,5 A bez., *per* April-Mai 74,5 A bez., *per* Mai-Juni 73,6 A bez., *per* Juni-Juli — A bez., *per* Sept.-October 69,7 A bez., *per* October-Novbr. — A bezahlt. — Petroleum raff. *per* 100 Kilogr. mit Faß loco 42,00 A bezahlt, *per* Februar 33,8 A bez., *per* Februar-März 32,4 A bezahlt, *per* März-April — A bez., *per* April-Mai — A bezahlt. — Spiritus *per* 100 Liter a 100 A = 10,00 A loco

ohne Faß 55,6 M. bezahlt ab Speicher — M. bezahlt,  
mit Faß  $\frac{7}{10}$  Februar 54,2 M. nom.,  $\frac{7}{10}$  Februar-  
März 54,2 M. nom.,  $\frac{7}{10}$  März-April — M. bezahlt,  
 $\frac{7}{10}$  April-Mai 55,4—55,8 M. bez.,  $\frac{7}{10}$  Mai-Juni  
55,7—56,1 M. bezahlt,  $\frac{7}{10}$  Juni-Juli 56,7—57,1 M.  
bez.,  $\frac{7}{10}$  Juli-August 57,7—58,1 M. bez.,  $\frac{7}{10}$  August-  
September 58,4—58,5 M. bez.

Frankfurt a. M., 12. Februar. (F. Harburger,  
Commissions- u. Agenturen-Gesellschaft.) Wetter: Regen.  
— Weizen hiesiger und Wetterauer 24 $\frac{1}{2}$  — 25  $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ .  
fremder 22 — 24 $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ . — Roggen 19 — 19 $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ .  
Gerste 18 — 19  $\text{M}$ . — Hafer ungarischer 17 — 17 $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ .  
böhmischer 17 $\frac{1}{2}$  — 17 $\frac{3}{4}$   $\text{M}$ . — Raps fehlt. —  
Weizenmehl Nr. 00 35  $\text{M}$ , Nr. 0 32  $\text{M}$ .  
Nr. I 28  $\text{M}$ , Nr. II 22  $\text{M}$ , Nr. III 19  $\text{M}$ . —  
Roggenmehl Nr.  $\frac{0}{1}$  Berliner Marke 23  $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ .  
No. II. do. 18 — 18 $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ . — Das Geschäft am  
heutigen Markte bewegte sich in sehr engen Grenzen.  
Weizen und Roggen behaupten zwar ihre vorwöchentlichen  
Preise, die Umsätze sind jedoch sehr unbedeutend,  
da die Müller über schlechten Mehlabsatz klagen. In  
allen andern Artikel wenig Handel bei matter Tendenz.  
Die Preise verstehen sich franco hier pro 100 Kilo je  
nach Qualität.

**Berliner Fondsbörse vom 13. Februar 1877.**

Bei Eröffnung des heutigen Verkehrs herrschte, soweit dies eben bei den sehr geringfügigen Umständen überhaupt zu constatiren ist, eine recht feste Haltung, die jedoch nicht von langer Dauer war. Die internationalen Speculationspapiere gingen in der zweiten Börsenstunde ziemlich lebhaft lebhaft um, allerdings wie schon bemerkt, zu weichen den Coursen. Oesterreichische Nebenbahnen behaupteten bis zum Schluß gute Festigkeit.

Galizier konnten indeß ihre gestrige Notiz nicht voll  
aufrecht erhalten; Josephbahn und Böhmische zogen etwas  
an. Der Verkehr in den lokalen Speculationseffecten  
blieb sehr gering, die Course hatten ungefähr im gestrigen  
Niveau eingesezt, ließen später jedoch nach. Auch für  
die auswärtigen Staatsanleihen war anfänglich ein  
recht feste Haltung, allerdings bei sehr geringem Verkehr  
zu constatiren. In der zweiten Börsenstunde aber traten

plötzlich ein ziemlich umfangreiches Angebot für Ita-  
liener auf und verpflanzte sich der hierdurch erzeugte  
Druck auch auf die nächstverwandten Effecten. Deser-  
renten blieben mehr vernachlässigt und gingen ebenfalls  
im Course zurück. Russische Werthe konnten auch ihre  
gestrigen Coursestand nicht voll behaupten. Preussische  
und andere deutsche Staatspapiere unbelebt. Einber-  
nische Prioritäten fest und in ziemlichem Verkehre, für

ausländische Devisen war die Stimmung eher gedrückt. Auf dem Eisenbahnacienmarkt stagnirte das Geschäft fast ganz. Die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen blieben unverändert. Stamm-Prioritäts-Actien meist weichen. Bankactien ruhig. Industripapiere fanden wenig Beachtung.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.			Hypotheken-Pfandbr.			Div. 1875			Div. 1875			Div. 1875			Div. 1875					
Consolidirte Anl.	4 1/2	104,10	Unt. Pfd. Pr. G. St.	5	101	do. Steigl. G. Anl.	5	86	Verf. n. Hamburg	168,10	10	Lehringer	126	8 1/2	do. do. Elbethal	5	58,60	Disc. - Command.	108,10	7
Pr. Staats-Anl.	4	96	Hochsch. Hyp. Pfd.	5	103	do. Präm. - Anl. 1864	5	148,75	Verf. n. Nordbahn	0	0	Kistf. Jüterburg	16,90	0	Ungar. Nordbahn	5	51,60	Gew. Br. Schupfer	4	0
Staats-Schuldssch.	3 1/2	92,25	Cent. Bod. Gr. Pfd.	5	106,25	do. do. von 1866	5	149	Verf. Pfd. - Magd.	78,40	3	do. St. Pr.	65	3	Ungar. Südahn	5	50	Int. Handelsgef.	39	C
Pr. Präm. - Anl. 1855	3 1/2	144,75	do. do.	4 1/2	101,90	Russ. Bod. Gr. Pfd.	5	80,20	Berlin-Stettin	119,90	9	Weimar-Gera gar.	50,10	4 1/2	Brest-Grasewo	5	57	Rönnigss. Ber. - B.	81,50	5 1/4
Landst. G. - Pfdbr.	4	95,30	Rindb. do.	4 1/2	100,60	Russ. Central do.	5	—	Wresl. Schw. - Fdg.	71,25	5 1/2	do. St. Pr.	21,25	2 1/2	Chart. - Aljos rtl.	5	86	Reining. Creditb.	70,10	3
ÖPreuss. Hyp. - Pfdbr.	3 1/2	84	Danz. Hyp. - Pfdbr.	5	—	Russ. Pol. Schahobl.	4	79,75	Stlin-Minden	100,25	4 1/2	Brest-Grasewo	18,50	—	Chart. - Aljos rtl.	5	86,25	Norddeutsche Bank	128,50	8
do. do.	4	95,60	Gotz. Präm. - Pfd.	5	109,50	Pol. Wfd. G. St.	5	72	Gr. Ar. - Kempen	0,20	0	Brest-Kiew	42,50	0	Chart. - Aljos rtl.	5	90,25	Def. Credit. - Anst.	247	5
do. do.	4 1/2	102	Romm. Hyp. - Pfdbr.	5	—	do. Liquidat. - Br.	4	63,60	do. St. Pr.	—	0	Galizier	87,25	6	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Comm. Pfandbr.	3 1/2	83,70	II. n. IV. Em. rfg. 110	5	102	Amerit. Anl. p. 1885	6	100,20	Holl. C. - Soran - Sub.	18,10	—	Gothardbahn	48	6	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do.	4	95,30	III. n. IV. Em. rfg. 100	5	100,75	do. 5% Anl.	5	103,30	do. St. Pr.	32,50	0	Pr. Bod. - Anst.	45,10	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do.	4 1/2	102	Stett. Rat. Hyp.	5	101,25	do. do. p. 1881	5	105,70	Hannover-Altenhof	15,10	0	Küttig-Kimbarg	18	0	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Pfensche neue do.	4	94,75				do. do. p. 1881	5	105,70	Newport-Stadt - A.	35,20	0	Oester. - Franz. St.	403	6 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Westpreuss. Pfdbr.	3 1/2	82,90	Ausländische Fonds.			do. do. p. 1881	5	105,70	Märkisch-Boien	18,90	0	Pr. Bod. - Anst.	190,50	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do.	4	94,30	Österr. Goldrente	4	60,75	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	61,90	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do.	4 1/2	101,50	Österr. Pap. - Rente	4 1/2	52,10	do. do. p. 1881	5	105,70	Magdeb. - Halberk.	106,25	6	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. II. Ser.	4 1/2	100,30	do. Silber - Rente	4 1/2	56,20	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do.	5	106,50	do. Loose 1854	4	94	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. neue	4 1/2	—	do. Loose v. 1858	—	28,25	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do.	4 1/2	—	do. Loose v. 1860	5	98,10	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do. II. G.	4 1/2	101,25	do. Loose v. 1864	—	259	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Comm. Rentenbr.	4	95,50	Ungar. Eisenb. - An.	5	68,40	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Pfensche do.	4	95,20	Ungarische Loose	5	141,50	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Preussische do.	4	95,25	do. Schah. n. II.	6	80	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Ver. Präm. - Anl.	4	—	Russ. - Egl. Anl. 1822	5	81,40	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
von 1867	4	122	do. do. Anl. 1862	5	82,45	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Wayer, Präm. - A.	4	124,40	do. do. von 1870	5	—	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Wauisch, Pr. - A.	4	84,50	do. do. von 1871	5	82,75	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Witt. - Anl. - Pr. - G.	3 1/2	109,75	do. do. von 1872	5	82,70	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Wresl. Bod. - Loose	3	176	do. do. von 1873	5	82,75	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Wüster, Pr. - Anl.	3 1/2	176,50	do. Conf. - Obl. 1875	4 1/2	—	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Wüster, Loose	3	137,75	Russ. Steigl. A. Anl.	5	72	do. do. p. 1881	5	105,70	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8

do. Steigl. G. Anl.	5	86	Verf. n. Hamburg	168,10	10	Lehringer	126	8 1/2	do. do. Elbethal	5	58,60	Disc. - Command.	108,10	7
do. Präm. - Anl. 1864	5	148,75	Verf. n. Nordbahn	0	0	Kistf. Jüterburg	16,90	0	Ungar. Nordbahn	5	51,60	Gew. Br. Schupfer	4	0
do. do. von 1866	5	149	Verf. Pfd. - Magd.	78,40	3	do. St. Pr.	65	3	Ungar. Südahn	5	50	Int. Handelsgef.	39	C
Russ. Bod. Gr. Pfd.	5	80,20	Berlin-Stettin	119,90	9	Weimar-Gera gar.	50,10	4 1/2	Brest-Grasewo	5	57	Rönnigss. Ber. - B.	81,50	5 1/4
Russ. Central do.	5	—	Wresl. Schw. - Fdg.	71,25	5 1/2	do. St. Pr.	21,25	2 1/2	Chart. - Aljos rtl.	5	86	Reining. Creditb.	70,10	3
Russ. Pol. Schahobl.	4	79,75	Stlin-Minden	100,25	4 1/2	Brest-Grasewo	18,50	—	Chart. - Aljos rtl.	5	86,25	Norddeutsche Bank	128,50	8
Pol. Wfd. G. St.	5	72	Gr. Ar. - Kempen	0,20	0	Brest-Kiew	42,50	0	Chart. - Aljos rtl.	5	90,25	Def. Credit. - Anst.	247	5
do. Liquidat. - Br.	4	63,60	do. St. Pr.	—	0	Galizier	87,25	6	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Anl. p. 1885	6	100,20	Holl. C. - Soran - Sub.	18,10	—	Gothardbahn	48	6	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. 5% Anl.	5	103,30	do. St. Pr.	32,50	0	Pr. Bod. - Anst.	45,10	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do. p. 1881	5	105,70	Hannover-Altenhof	15,10	0	Küttig-Kimbarg	18	0	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do. p. 1881	7	105,30	Newport-Stadt - A.	35,20	0	Oester. - Franz. St.	403	6 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Gold - A.	6	103,20	Märkisch-Boien	18,90	0	Pr. Bod. - Anst.	190,50	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Italienische Rente	5	72,25	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	61,90	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Tabak - A.	6	491	Magdeb. - Halberk.	106,25	6	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Tabak - Obl.	6	102,80	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Französische Rente	5	—	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Raab - Gr. - A.	4	63,50	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Rumänische Anleihe	8	85,90	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Kürk. Anl. v. 1865	5	12	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Kürk. 6% Anleihe	6	—	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Kürk. Eisenb. - Loose	3	26,75	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8

do. Steigl. G. Anl.	5	86	Verf. n. Hamburg	168,10	10	Lehringer	126	8 1/2	do. do. Elbethal	5	58,60	Disc. - Command.	108,10	7
do. Präm. - Anl. 1864	5	148,75	Verf. n. Nordbahn	0	0	Kistf. Jüterburg	16,90	0	Ungar. Nordbahn	5	51,60	Gew. Br. Schupfer	4	0
do. do. von 1866	5	149	Verf. Pfd. - Magd.	78,40	3	do. St. Pr.	65	3	Ungar. Südahn	5	50	Int. Handelsgef.	39	C
Russ. Bod. Gr. Pfd.	5	80,20	Berlin-Stettin	119,90	9	Weimar-Gera gar.	50,10	4 1/2	Brest-Grasewo	5	57	Rönnigss. Ber. - B.	81,50	5 1/4
Russ. Central do.	5	—	Wresl. Schw. - Fdg.	71,25	5 1/2	do. St. Pr.	21,25	2 1/2	Chart. - Aljos rtl.	5	86	Reining. Creditb.	70,10	3
Russ. Pol. Schahobl.	4	79,75	Stlin-Minden	100,25	4 1/2	Brest-Grasewo	18,50	—	Chart. - Aljos rtl.	5	86,25	Norddeutsche Bank	128,50	8
Pol. Wfd. G. St.	5	72	Gr. Ar. - Kempen	0,20	0	Brest-Kiew	42,50	0	Chart. - Aljos rtl.	5	90,25	Def. Credit. - Anst.	247	5
do. Liquidat. - Br.	4	63,60	do. St. Pr.	—	0	Galizier	87,25	6	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Anl. p. 1885	6	100,20	Holl. C. - Soran - Sub.	18,10	—	Gothardbahn	48	6	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. 5% Anl.	5	103,30	do. St. Pr.	32,50	0	Pr. Bod. - Anst.	45,10	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do. p. 1881	5	105,70	Hannover-Altenhof	15,10	0	Küttig-Kimbarg	18	0	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. do. p. 1881	7	105,30	Newport-Stadt - A.	35,20	0	Oester. - Franz. St.	403	6 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Gold - A.	6	103,20	Märkisch-Boien	18,90	0	Pr. Bod. - Anst.	190,50	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Italienische Rente	5	72,25	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	61,90	5	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Tabak - A.	6	491	Magdeb. - Halberk.	106,25	6	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Tabak - Obl.	6	102,80	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Französische Rente	5	—	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
do. Raab - Gr. - A.	4	63,50	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Rumänische Anleihe	8	85,90	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.	5	97,75	Pr. Bod. - Anst.	97,75	8
Kürk. Anl. v. 1865	5	12	do. St. Pr.	70,50	3 1/2	Pr. Bod. - Anst.	46	4 1/2	Pr. Bod. - Anst.</					

Verantwortlicher Redacteur S. Ködner.  
Druck und Verlag von A. W. Rasemann in Danzig.